

Waffenruhe und ein Ende des türkisch-kurdischen Konfliktes jetzt! Aufruf an Ministerpräsident Erdoğan sowie an Bundeskanzlerin Merkel, Staatspräsident Sarkozy und Kommissionspräsident Barroso

Seit der Inhaftierung einer großen Zahl kurdischer Bürgermeister und Mitglieder der kurdischen BDP-Partei in den Jahren 2009 und 2010 ist der Konflikt zwischen Türken und Kurden in der Türkei eskaliert. Die Kämpfe zwischen dem türkischen Militär und der PKK haben sich verschärft aber auch – und das ist neu – herrscht eine zunehmende Pogromstimmung mit Angriffen auf die kurdische Zivilbevölkerung wie kürzlich in Hatay und Bursa. Ein Ende ist nicht in Sicht. Statt einer friedlichen Lösung des Konfliktes werden weitere „Sicherheitskonzepte“ diskutiert und militärische Spezialeinheiten aufgebaut – wo allen Beteiligten aus historischer Erfahrung klar sein muss, dass Gewalt nur neue Gewalt provoziert.

Das Wort von Staatspräsident Abdullah Gül, die Lösung der Kurdenfrage sei die wichtigste Aufgabe der Türkei, schuf viel Hoffnung. Die Türkei war mit der „Kurdischen Initiative“ von Innenminister Beşir Atalay auf gutem Wege in Richtung auf die Anerkennung von Minderheitenrechten: die Aufhebung des Verbots der kurdischen Sprache unter Kurden wie in den öffentlichen Medien; die Wiederzulassung der alten kurdischen Dorfnamen; die klare Benennung des türkisch-kurdischen Konflikts als politischen Konflikt und nicht mehr als 'Terrorismusproblem'; die Gewährung von mehr Religionsfreiheit; der Plan, die Verfassung u.a. so zu ändern, dass der Staatsbürgerstatus künftig nicht mehr an das „Türkentum“ anknüpft. Diese Ansätze sind – vorerst – gescheitert. Dennoch: der Weg in den Minderheiten schützenden Verfassungsstaat wurde betreten. Ihn zu Ende zu gehen, ist auch in der Türkei unabdingbar.

Gerade ist der Fastenmonat Ramadan zu Ende gegangen – für Muslime in aller Welt traditionell ein Monat der Besinnung und der Mäßigung. Die PKK hat einen – zunächst nur befristeten – Waffenstillstand angekündigt. Wir nehmen beides zum Anlass, den Ministerpräsidenten der Türkischen Republik, Herrn Recep Tayyip Erdoğan, aufzufordern, den türkisch-kurdischen Konflikt friedlich zu lösen und alle militärischen Operationen auszusetzen: Setzen Sie das ganze Spektrum Ihrer Kompetenzen und Möglichkeiten für eine sofortige und dauerhafte Waffenruhe ein. Sprechen Sie mit den streitenden Parteien ohne Vorbehalte und Vorbedingungen; suchen Sie dabei den Kontakt und die Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Organisationen. Wir richten die Aufforderung, sofort die Waffen ruhen zu lassen, auch an die PKK und fordern die BDP als Vertretung der Kurden in der Region auf, sich aktiv an einer Lösung zu beteiligen.

Die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Frau Angela Merkel, den Staatspräsidenten der Französischen Republik, Herrn Nicolas Sarkozy und den Präsidenten der EU-Kommission, Herrn José Manuel Barroso, fordern wir auf: Ermutigen Sie die Regierung von Premierminister Erdoğan zu einer dauerhaften friedlichen Lösung des ethnischen Konfliktes in seinem Land! Nutzen sie dazu die Verhandlungen über die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union, um den notwendigen Dialog der Konfliktpartner zu erleichtern. Stehen Sie der türkischen Regierung bei ihren Bemühungen um einen demokratischen Verfassungsstaat aktiv zur Seite! Frieden in der Türkei mit friedlichen Mitteln ist möglich.

**IPPNW Deutschland, Interkultureller Rat, Dialogkreis,
ProAsyl, Yek-kom, Flüchtlingsrat Niedersachsen, medico international**
10.9.2010